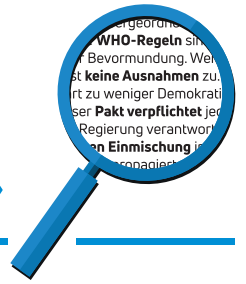


Weniger Freiheit? Weniger Demokratie? Nein zur Bevormundung in Gesundheitsfragen!

Petition «WHO-Pandemieabkommen – Nein danke!»



Die Schweiz verhandelt mit den anderen WHO-Mitgliedstaaten seit 2021 über die Anpassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften sowie über ein neues Pandemieabkommen. Diese Abkommen dürfen nicht ohne das Parlament einfach durchgewunken werden.

→ Nein zur Einmischung der WHO in unsere Politik

Nach der Corona-Pandemie will die WHO mehr Einfluss. Darum werden die sog. «Internationalen Gesundheitsvorschriften» überarbeitet. Zudem wird ein WHO-Pandemieabkommen verhandelt, das neue Regeln enthält, die über den staatlichen Gesetzen stehen. Die WHO will, dass sich die Staaten an diese Vorschriften halten: Das Abkommen lässt keine Vorbehalte zu. Es hätte faktisch Gesetzescharakter. Eine solche direkte Einmischung in die Schweizer Politik durch die WHO ist abzulehnen.

→ Nein zur Bevormundung durch Behörden

Heute ist jeder für seine eigene Gesundheit verantwortlich. Die WHO propagiert neu ein Grundrecht auf «bestmögliche Gesundheit». Ginge es nach der WHO, wären künftig Regierung und Behörden dafür zuständig, dass alle gesund sind. Sie müssten schauen, dass sich alle richtig verhalten, gesunde Nahrung zu sich nehmen und auf schädliche Produkte verzichten.

→ Nein zur Aushöhlung der direkten Demokratie

Die Schweiz funktioniert völlig anders als andere Länder. In der Gesundheitspolitik liegen viele Kompetenzen bei Kantonen und Gemeinden. Diese hätten künftig nicht mehr viel zu sagen.

→ Nein zur Unterdrückung «falscher Meinungen»

Gemäss Pandemieabkommen sollen die Behörden auf die öffentliche Kommunikation Einfluss nehmen, kritische Stimmen entkräften sowie «falsche oder irreführende Information oder Desinformation» bekämpfen. Dies ist einer Demokratie unwürdig – in der Schweiz soll sich jeder seine eigene Meinung bilden dürfen. Auch kritische Meinungen sind wichtig.

→ Nein zur Einschränkung unserer Freiheit

Die Vertragsstaaten sollen Behörden schaffen, um die Risiken im Bereich der öffentlichen Gesundheit besser zu überwachen. Die Zulassung neuer Medikamente soll beschleunigt werden. Die Behörden sollen für die Akzeptanz von Impfstoffen werben und für Impfschäden finanzielle Entschädigungen bereitstellen.

Jetzt
unterschreiben
und zurücksenden
bis spätestens
22.04.2024

Daher fordern wir von der Bundesversammlung:

Die Unterzeichnenden fordern die Mitglieder von Nationalrat und Ständerat auf, darauf hinzuwirken, dass das WHO-Pandemieabkommen dem Parlament unterbreitet und nicht unterzeichnet wird.

Der Informationsaustausch innerhalb der WHO ist wichtig. Doch die Einmischung der WHO in die Politik ihrer Mitgliedstaaten sowie verpflichtende Vorschriften, welche die politischen Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger einschränken, sind strikte abzulehnen.

Die Räte müssen erwirken, dass der Bundesrat den Pandemiepakt dem Parlament vorlegt. Nur auf diesem Weg ist im Falle eines positiven Parlamentsbeschlusses ein Referendum gegen das Abkommen möglich, so dass die Bevölkerung darüber abstimmen kann.

Name und Vorname <i>(handschriftlich und möglichst in Blockschrift)</i>	Geburtsjahr	Wohnadresse <i>(Strasse/PLZ/Ort)</i>	Unterschrift <i>(eigenhändig)</i>
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Jede Person, unabhängig von Alter und Staatsangehörigkeit, kann die Petition unterschreiben.

→ Bitte diesen Bogen vollständig oder teilweise ausgefüllt bis zum **22. April 2024** einsenden an
Petition «Pandemieabkommen Nein danke», Postfach, 3822 Lauterbrunnen

PostFinance, 3030 Bern
Konto: IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5
Pro Schweiz, 3822 Lauterbrunnen

WHO-Pandemieabkommen
Nein danke!
www.pandemiepakt.ch